



beratung und forschung · bewachungs- und sicherheitsgewerbe · **branchenunabhängige callcenter** · parteien und verbände · touristik · sonstige dienstleistungen · **wohnungs- und immobilienwirtschaft** · zeitarbeitsunternehmen · beratung und forschung · bewachungs- und sicherheitsgewerbe · **sicherheitsgewerbe** · branchenunabhängige callcenter · **parteien und verbände** · touristik · **sonstige dienstleistungen** · wohnungs- und immobilienwirtschaft · **zeitarbeitsunternehmen** · beratung und forschung · bewachungs- und sicherheitsgewerbe · branchenunabhängige callcenter · parteien und verbände · **touristik** · sonstige dienstleistungen · wohnungs- und immobilienwirtschaft · zeitarbeitsunternehmen

Friede den Hütten

Warum der soziale Wohnungsbau gestärkt werden muss

die **besonderen** **report**
01/2013





Foto: Stefanie Herbst

Petra Gerstenkorn
 Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes
 und Leiterin des Fachbereichs
 Besondere Dienstleistungen

Schöner Wohnen?

Vielleicht gibt es die Zeitschrift mit diesem Namen noch, aber den Zustand gibt es für immer mehr Menschen nicht mehr.

Eine größere Wohnung, bezahlbar, verkehrsgünstig, mit guter Infrastruktur im Stadtviertel, weil sich (weiterer) Nachwuchs angekündigt hat? Das müssen viele ad acta legen, weil die Mieten – besonders in begehrter und gesuchter Stadtlage – steigen und steigen; weil 'zig Bewerber/innen beim Besichtigungstermin durch die Wohnung schlurfen – und wie man hört, immer häufiger diejenigen die Wohnung kriegen, die dem Makler oder der Maklerin noch ein kleines Extra anbieten.

Überhaupt „Wohnen“ ist für viele, die neu in eine Stadt kommen, z. B. weil sie ein Studium aufnehmen, ein Riesenproblem. Kleine Wohnungen, die mehr sind als abgewrackte Behausungen, sind immer seltener im Angebot.

Die Verdrängung von Alt-Bewohner/innen aus Stadtteilen, die hip und trendy sind, ist im vollen Gange. Menschen, die schon zu DDR-Zeiten in Berlin-Prenzlauer Berg gewohnt haben, kann man dort mit der Lupe suchen. Die – zumindest äußerlich – schick sanierten Altbauten kann sich nur noch eine zahlungskräftige Klientel leisten.

Problem erkannt, Problem gebannt? Nee, da sind wir noch weit von entfernt. Zwar wird das Problem als Wahlkampf-Thema gern traktiert, aber zur Hebung der seit 2007 stetig sinkenden Neubau-Quote passiert wenig.

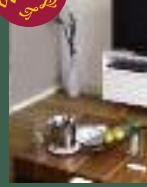
Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist angesagt, insbesondere bei kommunalen und städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften. Kredite mit Niedrigst-Zinsen als Anreiz, Abgabe von Baugrundstücken zum Verkehrswert mit Auflagen, Vorgabe von Quoten für private Bauträger, Bauland für Wohnungen statt für leerstehende Gewerbe-Immobilien – das wären zumindest erste Maßnahmen, damit „Schöner Wohnen“ für viele Realität werden kann. ■

Petra Gerstenkorn



SCHWERPUNKT: WOHNEN

Schutz vor Verdrängung	3
Steigende Mieten	4
ver.di-Forderungen	5
Problem Luxussanierung	6
Kommunaler Wohnungsbau	7



CALLCENTER

Schlichterspruch bei walter services	8
Unterschriftenaktion Mindestlohn	9



SICHERHEITSWIRTSCHAFT

Schlichtersprüche	10
-------------------	----



GEWERKSCHAFTEN

Kooperation mit der GPA/djp	11
-----------------------------	----

FRISEURHANDWERK

Branchenmindestlohn kommt	12
---------------------------	----

DAS GUTE BEISPIEL

Bedingungsgebundene Tarifarbeit	13
---------------------------------	----

INTERNES

Mitgliederentwicklung	14
-----------------------	----

O-TON

Selbstständige	15
----------------	----

IMPRESSUM

Der ver.di Report **die besonderen** Nr. 01/2013 · April 2013
 Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
 Fachbereich Besondere Dienstleistungen
 Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
 Internet: www.verdi.de
 V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn
 FB-Redaktionsteam: Ulrich Beiderwieden, Annemarie Dinse,
 Hartmut Hoffmann, Hans-Peter Kilian, Bernd Lohrum,
 Christian Szepan, Dr. Stephan Tregel
 Redaktionelle Bearbeitung: Uta von Schrenk
 Layout: einsatz · Wolfgang Wohlers
 Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
 Titelbild: Wolfgang Wohlers

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

SERVICE

Fachbereich Besondere Dienstleistungen
 Internet: <http://besondere-dienste.verdi.de>
 Ansprechpartnerin „die besonderen-Report“:
uta.vonschrenk@verdi.de
 Fax: 030/69 56-35 00

die besonderen

Die W-Frage

Mieter/innen müssen vor Abzocke und Verdrängung aus ihren Wohnungen geschützt werden

VON ANNEMARIE DINSE

Bezahlbarer Wohnraum ist vor allem in Ballungszentren, Großstädten sowie in Universitätsstädten Mangelware. Der Trend zum Wohnen in der Stadt nimmt zu. Gründe dafür sind unter anderem die gestiegenen Preise für Benzin und die Zunahme von Singlehaushalten. Die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen übersteigt mittlerweile in fast allen Großstädten das Angebot.

Oft werden bestehende Mietverhältnisse beendet, die Immobilie wird luxussaniert und anschließend verkauft oder teuer neu vermietet. Diese Möglichkeit wird von Anlegern in Euro-Krisenzeiten als sichere und vor allem renditeträchtige Anlageform genutzt.

Da es in bestehenden Mietverhältnissen nur begrenzt möglich ist, die Miete zu erhöhen, wird dies jedoch bei einem Mieterwechsel oft schamlos ausgenutzt. Der Mietspiegel wird oftmals überschritten, notwendige Sanierungen werden von vielen Vermieter/innen nicht vorgenommen. Für Wohnungssuchende gehört es dazu, in Schlangen von 50 und mehr Interessenten für Wohnraum anzustehen und oft erhalten sie unseriöse Angebote, mit denen sie unter Druck gesetzt werden. Die Mieter/innen nehmen vieles, z. B. Schimmelbefall in Kauf, da sie keine Alternativen finden.

Aber auch für Familien ist es schwierig, Wohnraum zu finden. Die Kinderfreundlichkeit ist teilweise nicht sehr ausgeprägt und es gibt Beispiele, bei denen Familien gezwungen werden, bestehende Mietverhältnisse aufzugeben.

Energieausweise zur Dokumentation der Energieeffizienz sind seit 2008 vorgeschrieben, aber viele Vermieter/innen investieren nicht in erforderliche Renovierungen. Dadurch kommen zu hohen Mieten auch noch hohe Energiekosten dazu.

Steigende Mieten, hohe Neuvertragsmieten und rasant gestiegene Immobilienpreise in Ballungsgebieten lassen vielen Mietern keine Alternativen. So fehlen in München laut Studie des Pestel-Instituts 31 000 Mietwohnungen, in Frankfurt am Main 17 500, in Hamburg 15 000 und in Köln 7 000 Mietwohnungen.

Dazu kommt, dass sich die Politik sukzessive aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zurückgezogen hat. Viele kommunale Wohnungsbestände wurden privatisiert. Die Zahl der Sozialwohnungen ist in Deutschland seit 2002 um rund ein Drittel auf knapp 1,7 Millionen gesunken. Nach einer Studie des Pestel-Instituts aus Hannover fehlen aktuell 4 Millionen Sozialwohnungen in Deutschland. Um diesen Schwund preisgebundener Wohnungen zu stoppen, müssen jährlich 130 000 neue Sozialwohnun-



Foto: W. Wohlers

gen gebaut oder umgewandelt werden. Diese müssen auch einer längeren Preisbindung unterworfen werden.

Es sind nicht nur die Preise für Miete und Energie stark gestiegen. Auch der Traum vom Wohneigentum, von der Politik als sichere Altersvorsorge benannt, wird für viele unerschwinglich. In Hamburg stiegen die Immobilienpreise zwischen 2008 und 2011 um 31 Prozent, in Berlin um 39 Prozent, in München um 23 Prozent und in Frankfurt um 14 Prozent (Quelle Numbeo.com, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln). Die Angst vieler Verbraucher/innen vor Geldentwertung und Euro-Krise treibt die Wohnungs- und Häuserpreise zusätzlich in die Höhe.

Für Empfänger/innen von Transferleistungen ist Eigentum meist nur ein Traum. Für sie soll das Wohngeld das Ärgste abmildern. Wohngeld und Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung sind jedoch als staatliche Leistung bei weitem nicht ausreichend, um die Arbeitslosen und Einkommensschwachen am Wohn- und Mietmarkt zu unterstützen. Wohngeld ist eine rückläufige Sozialleistung. Die Anzahl der Wohngeldempfänger/innen sank von 2010 auf 2011 bundesweit von 852 000 Empfängerhaushalten auf 776 800. Die durchschnittliche Höhe sank von 126 Euro pro Monat auf 115 Euro pro Monat (Quelle: Pestel-Institut 2012).

Die Wohnungsfrage entwickelt sich immer mehr zu einer zentralen sozial-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Frage. Der DGB fordert hier konkrete Maßnahmen:

- Mieten müssen im Bestand geschützt bleiben
- Eine Begrenzung bei Wiedervermietung ist erforderlich
- Luxussanierungen und explodierenden Neuvermietungspreise muss Einhalt geboten werden
- Der Aderlass bei den Sozialwohnungen muss gestoppt werden
- Die Kostenbelastung für Energie muss begrenzt werden
- Der alters- und behindertengerechte Umbau von Wohnungen muss vorangetrieben werden

Wohnen darf kein Luxusgut werden! Auf dem Wohnungsmarkt geht es um menschliche Grundbedürfnisse. Diese müssen vor Abzocke und Verdrängung geschützt werden. ■

Runter mit den Mieten

Die Ausgaben für Wohnen steigen in Deutschland deutlich. Das muss sich ändern. Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware

VON STEPHAN TREGEL

Welch wichtige Rolle Wohnungsmärkte spielen, wurde auch den Politikern spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 klar, die ihren Ausgang mit dem Platzen der Spekulationsblase in den USA nahm. Die Mietpreise beeinflussen nun mal direkt unseren Lebensstandard. Dies gilt umso mehr, da hierzulande rund 60 Prozent aller Haushalte zur Miete wohnen.

Den letzten Informationen aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Bundesamts zu Folge verwenden die privaten Haushalte das meiste Geld für Miete, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Die Ausgaben hierfür sind zwischen 2003 und 2010 um 6 Prozent-Punkte angestiegen. Die Ausgaben für Miete (+ 11,1 Prozent) nahmen dabei ebenso zu wie die für Energie (+ 16,7 Prozent). Dagegen sind die Ausgaben für Wohnungsinstandsetzung rückläufig (- 67,7 Prozent), vermutlich um so die unumgänglichen Ausgabesteigerungen bei den Mieten und Energiekosten irgendwie aufzufangen.

Insgesamt entfallen auf Mieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mittlerweile bereits 34,1 Prozent aller Ausgaben des durchschnittlichen Konsumbudgets – Tendenz steigend. Besonders skandalös und bedrückend ist, dass Haushalte der Altersklassen ab 65 Jahren im Schnitt schon mehr als 38 Prozent ihres Konsumbudgets für das Wohnen ausgeben.

Ungewöhnlich tief müssen auch Mieter in den Großstädten und Ballungsräumen in die Tasche

greifen, um sich das Wohnen überhaupt (noch) erlauben zu können. So liegen die Mieten in München (12,30 Euro) und Hamburg (10,90 Euro) am höchsten. Berlin liegt mit durchschnittlich 7,00 Euro zwar auf einem niedrigeren Wert, jedoch war hier die Preisentwicklung in den letzten Jahren besonders rasant.

Offenbar treiben in den genannten Städten auch Erwartungen, dass die Preise und Mieten noch weiter anziehen werden, die Mieten weiter nach oben. Dies sind bereits Anzeichen für Spekulation auf diesen regionalen Mietmärkten, die es politisch einzudämmen gilt, um die gravierenden sozialen Folgen so früh wie möglich zu bannen. Um eine wirkliche Wende auf dem Mietwohnungsmarkt herbeizuführen, reicht das Kurieren von Symptomen deshalb nicht mehr aus, sondern man muss an die Ursachen heran.

Die Forderungen, die sich angesichts dieser (Preis-)Entwicklung an die Politik richten, müssen lauten: (Wohnungs-)Mieten dürfen nicht weiter einer Knappheitslogik unterstellt werden, um sie als Ware behandeln zu können, sondern müssen der weiteren Ökonomisierung entzogen und als Grundrecht anerkannt werden.

Konkret sind die Ausgaben für Mieten auf maximal 30 Prozent des Konsumausgabenbudgets zu begrenzen. Das kann wahlweise durch höhere Gehaltszuwächse, die deutlich über der Inflationsrate liegen, oder verbindliche Mietobergrenzen geschehen. Zudem sollen die Mietausgaben von der Einkommensentwicklung im Lebenslauf abhängig gemacht werden, um soziale Härten zu vermeiden. Darüber hinaus können die Energiekosten älterer Mieterhaushalte durch eine bessere Ausstattung mit modernen und energieeffizienten Haushaltsgeräten gesenkt werden – diese Geräte (z. B. Kühlschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen) sollen von den Kommunen preisgünstig an solche Haushalte abgegeben werden. Zur Gegenfinanzierung empfiehlt sich, Großverdiener höher zu besteuern, die Vermögensteuer wieder einzuführen und die Erbschaftsteuer deutlich zu erhöhen. Nach dem Motto „Geld ist genug da – es muss nur gerecht verteilt werden“. ■



Schluss mit Privatisierung

Der ver.di-Bundeskongress hat zur Eindämmung der negativen Entwicklungen in der Wohnungswirtschaft einen Runden Tisch gefordert.

VON ANDREAS SANDER

Die in den vergangenen Jahrzehnten relativ ruhig und gemächlich agierende Immobilienbranche geriet seit etwa Ende der neunziger Jahre aufgrund enormer Renditepotentiale ins Blickfeld internationaler Finanzinvestoren. Seit diesem Zeitraum sind große Wohnungsbestände sowohl öffentlicher als auch privater Wohnungsgesellschaften in das Eigentum internationaler Investmentfonds übergegangen.

Allein von 1999 bis 2006 wechselten rund 1,3 Millionen Wohnungen den Eigentümer, zunächst beschränkt als Privatisierung von Wohnungen durch Verkauf an die Mieter, dann ergänzt durch kleinere Paketverkäufe bis hin zum schwerpunktmäßigen Verkauf ganzer Wohnungsunternehmen an international agierende Finanzinvestoren. Die Konsequenzen für die Qualität der Wohnungsbestände und die Stadtentwicklung ist nach bisherigem Erkenntnisstand langfristig deutlich negativ.

Nach Angaben des GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.) werden „rund 4,5 Mio. Mieterhaushalte in Deutschland vom Staat finanziell unterstützt, damit sie sozial abgesichert wohnen können. Dies entspricht 21 Prozent aller Mieterhaushalte. Gleichzeitig ist die Zahl der Sozialwohnungen derzeit bundesweit stark rückläufig. Aktuelle Zahlen des GdW unterstreichen diesen Trend: Waren es im Jahr 2002 noch rd. 2,57 Mio. Wohnungen mit Preisbindung, verringerte sich die Zahl im Jahr 2008 auf rd. 1,85 Mio. Wohnungen. Im Jahr 2011 gab es bei den GdW-Unternehmen insgesamt nur noch 1.014.311 Wohnungen mit Mietpreis- oder Belegungsbindung.“

Die sich darstellende Vielzahl wohnungspolitischer Problemstellungen (Wohnraumangel, Mietpreissteigerungen, Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, Migrationsprobleme, Gentrifizierung, Leerstandsproblematik und Rückbau etc.) sollen mit den ver.di-Bundeskongressbeschlüssen bearbeitet werden und durch entspre-

chende gewerkschaftspolitische Positionen Lösungen aufgezeigt werden.

Dem trägt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus dem Kreis der Hauptamtlichen Rechnung, bestehend aus Vertreter/innen des Bundesfachbereiches, Landesbezirken Nord, NRW, Berlin-Brandenburg und Hessen. Zielstellung ist es, die Grundlagen einer Konzeption zur Arbeitsaufnahme für die Einrichtung eines ressortübergreifenden „Runden Tisches“ zum Thema Wohnungspolitik zu erstellen.

Beide Kongressbeschlüsse zum Runden Tisch als auch zum Erhalt von gutem, bezahlbarem Wohnraum gehören elementar zusammen und werden in die zu bearbeitenden Fragestellungen mit einfließen. Im nächsten Schritt sollen die Betriebsräte großer Wohnungsunternehmen im Fachbereich 13, Mieterorganisationen, Sachverständige/Experten einbezogen werden, um deren Sachverstand und Erfahrungswerte speziell mit dem Umgang internationaler Finanzinvestoren zu nutzen.

Ziel ist es unter anderem, gewerkschaftliche Positionen zur Wohnungspolitik zu entwickeln und mit den anderen Gewerkschaften und dem DGB abzustimmen. Als Ergebnis soll die gewerkschaftliche Einflussnahme auf wohnungspolitische Entscheidungen der Parteien auf Landes- und Bundesebene zunehmen.

Notwendiger denn je ist der Erhalt von gutem, bezahlbarem Wohnraum. ver.di wird sich dafür einsetzen, dass alle Möglichkeiten genutzt werden und alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, dass durch städtische, kommunale sowie landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen keine weiteren Wohnungsbestände privatisiert werden. Es muss alles dafür getan werden, dass Wohnungen als soziales Gut erhalten bleiben und nicht als reine Handelsobjekte alleinig zur Gewinnmaximierung benutzt werden. ■



Schick ist nicht immer schick

Die fortschreitende Luxussanierung ganzer Stadtteile verdrängt weniger Wohlhabende in schlechtere Quartiere

VON BERND LOHRUM

Wer möchte nicht in einem intakten Umfeld leben? Am liebsten in einer Altbauwohnung, frisch saniert und wärmege-dämmt, mit drei Meter hohen Decken und bodentiefen Fenstern? Den schicken Italiener gleich einen Block weiter, den properen Bioladen nebenan und die exklusive Boutique!

So oder so ähnlich können die Beweggründe dafür lauten, wenn in den meisten deutschen Großstädten ganze Stadtviertel luxussaniert werden. Denn die Altm Mieter/innen solcher Wohnungen zahlten, vor der Renovierung, oft nur verhältnismäßig moderate Mieten – in den Augen vieler Wohnungseigentümer zu geringe Mieten, um überhaupt die angestrebte Rendite der Wohnung realisieren zu können.

Beispiele dafür findet man nicht nur in Berlin, Hamburg, München und Düsseldorf. Zum ersten Mal wurde dieses Phänomen in Paris und London im 19. Jahrhundert beobachtet. Durch den Umbau ganzer Stadtviertel wurden dort die Arbeiter aus den Stadtzentren in die Peripherie gedrückt.

Also wird saniert, renoviert, modernisiert, es werden die Fassaden gedämmt und Balkone angebaut, die Bäder neu gestaltet und – die Miete erhöht. Da passiert es schon einmal, dass die Kaltmiete einer Altbauwohnung von 8 Euro je Quadratmeter auf 12 Euro angehoben wird. Und wenn die Arbeiten am Wohnraum entsprechend begründet werden, kann sich der Mieter kaum gegen eine solche Mieterhöhung wehren. Außer durch den Auszug aus der Wohnung.

Und so passiert es, dass sich die soziale Struktur eines Stadtviertels in wenigen Jahren vollständig verändert. Wo früher Arbeiter/innen und Angestellte, Rentner/innen und Pensionäre mit ihren Familien leben konnten, wird die Miete für sie plötzlich viel zu hoch; stattdessen rücken junge, gut verdienende Haushalte nach und kaufen sich in die so schön sanierten Wohnungen ein.

Oft bleibt auch ein Teil der bisherigen Bewohner/innen in diesen Wohnungen, solange sie sich die Mieten leisten können. Das hat aber als Folge, dass jetzt ein wesentlich größerer Teil der Einkünfte für das Wohnen an sich gebraucht wird. Bis sich doch irgendwann die Erkenntnis durchsetzt, dass es günstiger wäre, in eine weniger schöne Wohnlage umzuziehen. Denn dem Kostendruck durch die Miete folgen auch steigende Kosten im gesamten sozialen Umfeld: Der alteingesessene Friseur weicht einem Nobel-Coiffeur, die Kneipe an der Ecke macht einem Edel-Gastronomen mit ebenso

die
besonderen
6



Foto: W. Wohlers

edlen Preisen Platz und für den kleinen Supermarkt an der Ecke werden die Mieten zu hoch.

Wer nun hier einzieht, kann sich den Kauf einer solchen Wohnung leisten: Kreative, Freiberufler/innen, leitende Angestellte mit ihren Familien. Es bilden sich im Extremfall Reichen-Ghettos, in denen man „unter sich“ ist und andere soziale Schichten keinen Zugang mehr finden. Das hat gewiss nicht nur negative Folgen; aufgrund des größeren politischen Einflusses wohlhabenderer Bewohner/innen verbessert sich häufig auch das Straßenbild, Kindergärten werden neu gebaut und Schulen renoviert.

Eines aber lässt diese Veränderung völlig außer Acht: Was passiert mit den Menschen, die Platz machen müssen für die Wohlhabenden?

Aufs Land ziehen ist nur in den wenigsten Fällen eine Alternative; die Arbeit, die Familie, das gesamte soziale Umfeld ist in der Stadt. Neuen und bezahlbaren Wohnraum gibt es kaum, seit viele Kommunen noch nicht einmal die ihnen zustehenden Fördermittel für sozialen Wohnungsbau abrufen. Und in der Stadt neuen, lebenswerten Wohnraum zu schaffen, ist teuer. Bei erzielbaren Mieten von 8 bis 10 Euro je Quadratmeter lohnt sich die Investition für den Vermieter kaum. Also verdrängen die eben selbst Verdrängten ihrerseits die Menschen in den „billigeren“ Vierteln, in den „billigeren“ Wohnungen. Und den Letzten beißen die Hunde ... ■



Es geht auch anders

Kommunale Wohnungsbaunternehmen sorgen für bezahlbare Mieten

VON BERND LOHRUM

Die Immobilienwirtschaft der letzten Jahre und Jahrzehnte hat sich oberflächlich betrachtet ganz intensiv in Richtung „Maximierung des Ertrags“ gewandelt. Große Konzerne prägen besonders in Ballungsgebieten das Gesicht der Immobilienwirtschaft. Spektakulär sind die Folgen dieser Politik; spätestens wenn sozialverträglich vermietete Wohnungen in großer Zahl luxussaniert und als Eigentumswohnungen meistbietend verkauft werden, bleiben die bisherigen Mieter auf der Strecke; entweder sie müssen aus ihrem oft seit Jahrzehnten vertrauten sozialen Umfeld ausziehen, oder sie kaufen die sanierte „eigene“ Wohnung für teures Geld zurück. Dass gerade ältere Menschen mit ihren Rentenbezügen leer ausgehen, gilt als unvermeidlicher Kollateralschaden des Wohnungsmarktes.

Gleichzeitig haben immer mehr Kommunen ihren Wohnungsbestand an national und international agierende Unternehmen verkauft und sich so des Einflusses auf die Gestaltung des Wohnungsmarktes beraubt. Allein in Berlin sind in den letzten 20 Jahren über 200.000 Wohnungen an Finanzinvestoren verkauft worden – und die wollen mit den Wohnungen Geld verdienen. Dass manche Investoren auch bestehende Altschulden mit übernommen haben und weitere Investitionsverpflichtungen eingegangen sind, erhöht nur den Druck, Lösungen zu finden, wie mit diesen Wohnungen Geld verdient werden kann.

Anders sieht die Situation außerhalb der Ballungszentren aus. Hier traten nur selten Investoren auf, die gleich tausende Wohnungen übernahmen. Stattdessen sind es dort die kommunalen und regionalen Wohnungsbaunternehmen, die den Immobilienmarkt entscheidend prägen. Deren Handeln wird von den Inte-

ressen der Gesellschafter dieser Unternehmen geprägt. So können kommunale Wohnungsbaunternehmen zwar nicht losgelöst von wirtschaftlichen Erwägungen agieren – schließlich können sie nicht beliebig Schulden anhäufen, für die am Ende die Gesellschafter eintreten müssen – aber sie verfolgen in ihrem wirtschaftlichen Handeln durchaus strukturpolitische Ziele.

Eine dieser kommunalen Gesellschaften ist die Gewobau in Zweibrücken. Ihr Geschäftsführer Werner Marx gab uns in einem längeren Gespräch Auskunft.

Das primäre Geschäftsziel der Gewobau ist die Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums in der Region. „Etwa 30 Prozent der Mieten der Wohnungen der Gewobau werden über Transferleistungen finanziert. Die Kaltmieten solcher Wohnungen liegen hierbei unter 4 Euro je Quadratmeter“, sagt Marx. Diese Preise sind nicht das Ergebnis einer gewinnorientierten Kalkulation, sondern resultieren aus der Verantwortung gegenüber der Kommune als Gesellschafter des Unternehmens. Eine höhere Miete würde ja umgehend zu höheren Kosten bei den Transferleistungen führen und damit zu höheren Belastungen der kommunalen Haushalte. Die Wohnungsbaugesellschaft versteht sich dabei „als handlungsfähiger Arm der Stadt“

Dabei wird gleichzeitig versucht, den Wohnungsbestand permanent zu pflegen und – wo nötig – zu sanieren. Von den genannten 4 Euro Kaltmiete gehen daher etwa 2 Euro in die Sanierung. Das ist umso bedeutender, als die 3100 Wohnungen der Gewobau rund 20 Prozent der Einwohner/innen Zweibrückens beherbergen.

Mit diesen Wohnungen erzielt die Gesellschaft etwa 10 Mio. € Kaltmiete im Jahr. Durch die Übernahme von Wohnungen aus dem Bestand des Bundes und der Nachbarstadt Homburg wuchs die Gewobau in den letzten 10 Jahren um 30%. Die etwa 60 MitarbeiterInnen arbeiten jeweils hälftig in der Verwaltung und in der technischen Betreuung des Wohnungsbestandes. „Wir haben einen 24-Stunden-Notdienst an 7 Tagen in der Woche – auch an Weihnachten“.

An den Neubau von Wohnungen ist in der Region nicht zu denken. Eine für Neubauten erforderliche Kaltmiete von etwa 10 € je qm ist bei der Markt- und Wirtschaftslage der Region nicht zu erzielen, weshalb der Schwerpunkt der Arbeit auf der Erhaltung und Pflege des bestehenden Wohnraums liegt.

Der Neubau von gebundenen Wohnungen ist nicht erforderlich. Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte vor Ort hat so viel Wohnungen übrig gelassen, dass auch auf längere Sicht keine Verknappung des Wohnraums zu erwarten ist. Dazu kommt der demografische Wandel, der nur teilweise durch den Zuzug von gerade älteren Menschen aus den umliegenden Dörfern ausgeglichen werden wird.

Künftige Herausforderungen sieht Werner Marx in einem möglichen Rückbau von dörflichen Strukturen, die durch den zunehmenden Wegzug vom Land verfallen könnten. Im Gegenzug sieht sich die Gewobau in der Verantwortung, für geeignete Rahmenbedingungen für den Erhalt der städtischen Strukturen zu sorgen. „Für die Arbeitsplätze können wir nicht sorgen, aber für die weichen Standortfaktoren „anständig Wohnen zu anständigen Preisen.“ ■

■ BETRIEBSRATS-ARBEIT

Weiterbildung und Qualifizierung in 2013

Für betriebliche Interessenvertreter/innen in Callcentern werden auch in diesem Jahr wieder in Zusammenarbeit mit ver.di Bildung + Beratung zwei interessante Seminare angeboten:

Seminar 1: Thema: Rund um die Kündigung – Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrates bei der Beendigung von Arbeitsverhältnissen und dazu die einschlägige arbeitsgerichtliche Rechtsprechung.

Termin: 10. bis 14. Juni 2013 in Erfurt, geplant ist auch der Besuch des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) in Erfurt.

Seminar 2: Quantität und Qualität der Arbeit – Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Zielvereinbarungen sowie Prämien- und Bonusregelungen und die aktuelle arbeitsgerichtliche Rechtsprechung.

Termin: 4. bis 8. November 2013 in Berlin, ver.di-Bundesverwaltung.

Weitere Informationen zum Seminarplan, den Referent/innen, zu den Kosten und zur Anmeldung gibt es unter <http://besondere-dienste.verdi.de/veranstaltungen> ■

Ulrich Beiderwieden



CALLCENTER

8,50 in Sichtweite

Durchbruch bei den Tarifverhandlungen walter services!

VON ULRICH BEIDERWIEDEN

Die im letzten Sommer begonnenen Tarifverhandlungen beim Call Center Dienstleister walter services sind in der entscheidenden Phase. Nach sechs Verhandlungsrunden, verbunden mit Warnstreiks in zwei Wellen und an mehreren Standorten (siehe DIE BESONDEREN, Ausgabe 3/2012), konnte bis Ende November immer noch kein Ergebnis erreicht werden.

Schlichtungsverfahren wurde beschlossen

Beide Parteien verständigten sich darauf, ein Schlichtungsverfahren einzugehen, um einen Tarifkompromiss zu erzielen. Diesem Vorschlag stimmte die gesamte ver.di-Tarifkommission zu. Zum Vorsitzenden der Schlichtungskommission wurde Hans Eichel (ehem. Bundesfinanzminister, SPD) benannt.

Seit Anfang Januar wurde in mehreren tagelangen Sitzungen der Schlichtungskommission um ein Ergebnis gerungen, welches nicht nur eine Entgelterhöhung beinhalten sollte, sondern auch Lösungen zu den Forderungen der Tarifkommission für Verbesserungen im Rahmentarifvertrag.

Ergebnis vorgelegt – Grundvergütung von € 8,50 wird erreicht

Durch eine einstimmig verabschiedete Einigungsempfehlung wurden die Beratungen beendet. Die wesentlichen Ergebnisse lauten:

Der neue Entgelttarifvertrag (ETV) wird rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten und hat eine Gesamtlaufzeit bis 31. Dezember 2015. Die Stufen der Erhöhung der Grundvergütung in der EG 1 lauten: € 7,85 rückwirkend ab 01.01.2013, € 8,00 ab 01.10.2013, € 8,25 ab 01.04.2014 sowie € 8,50 ab 01.10.2014. Für die Entgeltgruppen EG 2 – 4 wurden ebenfalls neue Entgelte vereinbart.

Die Beschäftigten der walter services Cottbus/Emden GmbH fallen rückwirkend ab 01. Januar 2013 ebenfalls unter den neuen ETV. Hier wird das Entgelt in sieben Stufen angehoben, die Grundvergütung von € 8,50 wird am 1.12.2015 erreicht.

Wir haben eine Regelung zur wirtschaftlichen Notlage getroffen, die unter bestimmten Voraus-

Foto: verdi



setzungen das Aussetzen oder die Verringerung der neu vereinbarten Grundvergütungen vorsieht. Dazu wird eine abweichende tarifliche Regelung getroffen, die als Ziel den Erhalt aller Arbeitsplätze und den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen vorsieht.

Wir haben uns darauf verständigt, eine paritätische Beratungskommission einzusetzen, die für die Zukunft ein zentrales Rahmenmodell für Prämienparameter entwickeln soll.

Rahmentarifvertrag (RTV) wird im Herbst verhandelt

Weiter wurde vereinbart, Verhandlungen über einen neuen Rahmentarifvertrag im Herbst 2013 aufzunehmen, einige Verhandlungsthemen wurden bereits festgelegt.

Die Ergebnisse dieser Einigungsempfehlung sind als Vorschlag an die Tarifvertragsparteien gegangen, um auf dieser Grundlage neue Tarifverträge zu vereinbaren. Die Verhandlungen darüber befanden sich bei Redaktionsschluss in der terminlichen Abstimmung.

Unser Ziel haben wir während der gesamten Verhandlungen nie aus den Augen verloren: **„walter – zahl mehr, 8,50 müssen her!“** ■

Weitere Informationen zu den Tarifverhandlungen bei walter services unter: <https://besondere-dienste.verdi.de/branchen/callcenter/walterservices>

Mindestlohn jetzt

Unterschriftenaktion zum tariflichen Mindestlohn in Callcentern – viele Tausend machen schon mit

VON ULRICH BEIDERWIEDEN

Mitte November ist sie gestartet, die bundesweite Unterschriftenaktion unseres Fachbereichs bei den Beschäftigten in den Callcenter-Dienstleistern. Die Forderung lautet: „Wir fordern einen branchenbezogenen tariflichen Mindestlohn – nicht unter 8,50 Euro!“

Zu den Erstunterzeichnern dieser Aktion gehören Kolleginnen und Kollegen, die als Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute in bundesweit tätigen Callcenter-Dienstleistern tätig sind, wie z. B. bei arvato, buw, D+S communication center, SNT, Sykes, teleperformance oder walter services, die meisten davon sind Mitglied in unserem Branchenvorstand Callcenter.

Bisher gute Beteiligung

Unsere Aktivität zu diesem Thema kommt bei den Beschäftigten gut an. Anfang April 2013 hatten wir bereits über sechstausend – genau 6.218 – Unterschriften an 51 Call-Center-Standorten gesammelt – ein schönes Zwischenergebnis! Wir haben die Aktion noch um einige Wochen bis zum 15. April verlängert (nach Redaktionsschluss), da wir wissen, dass in einigen Standorten die Unterschriftenlisten noch kursieren, immer wieder werden auch noch neue Listen angefordert.

Millionen Euro an Aufstockungsgeldern

Neuen Schwung hat die Diskussion um einen tariflichen Mindestlohn sicherlich ganz aktuell auch deshalb bekommen, da durch „Spiegel

online“ bekannt wurde, dass im Jahr 2011 an Beschäftigte in Callcentern fast 33 Millionen Euro an Aufstockungsleistungen nach Hartz IV gezahlt wurden. Darüber hinaus flossen auch noch mehrere Millionen Euro an Fördermitteln an Callcenter, insbesondere in den Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Der ausführliche Artikel erschien unter:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/callcenter-kosten-den-staat-jaehrlich-36-millionen-euro-a-888076.html>

Thema am ver.di-Stand auf der Call Center World

Mit dem Thema tariflicher Mindestlohn in Callcentern konnten wir auf der Messe mit vielen Ausstellern sprechen und mit vielen Besuchern direkt an unserem Stand diskutieren. Wir erhielten dabei durchweg positive Resonanz. Hier drei konkrete Aussagen von Arbeitgebervertretern, die keine Hemmungen hatten, auch unsere Forderung zu unterzeichnen: „Da gibt's nichts mehr zu diskutieren – das muss sein!“ oder „Bei uns kein Thema, wir zahlen schon 10 Euro.“ und „Wenn jemand arbeitet, soll er auch ordentlich bezahlt werden.“

Alle Besucherinnen und Besucher der Messe wurden zu dem Thema über ein ver.di-Info informiert unter dem Titel: „Mindestlohn im Callcenter – Höchste Zeit für einen Tarifvertrag!“ ■

Mehr Hintergrundinformation zu unserer Aktion und entsprechende Materialien dazu unter: <https://besondere-dienste.verdi.de/branchen/callcenter>

CALLCENTER

■ TAGUNG

Interessenvertretung in Call- und Servicecentern

Betriebsräte aus Call- und Servicecentern diskutierten mit Fachleuten und Experten auf einer gemeinsamen Tagung des TBS-Netzwerkes und ver.di vom 18. bis 20. März in der ver.di-Bundesverwaltung über aktuelle Themen der Mitbestimmung und tauschten dazu ihre Erfahrungen aus.

Im Mittelpunkt von Fachvorträgen standen Themen wie prekäre Beschäftigung, Zukunftstrends der Branche, aktuelle Probleme des Datenschutzes und der Arbeits- und Gesundheitsschutz mit dem speziellen Aspekt der psychischen Belastungen, die auch immer wieder zu intensiven Diskussionen und Nachfragen der knapp 60 Teilnehmer/innen führten.

In Workshops wurden dann weitere Themen angeboten wie z. B.: Neue Techniken, Arbeitszeit und Work-Life-Balance, Gesundheitsmanagement, Coaching und Qualitätssicherung, gute Führung und Motivation, Gütesiegel in Callcentern, Software-Ergonomie, Lohngestaltung bei Callcenter-Dienstleistern sowie Personaleinsatzplanung und selbstbestimmte Arbeitszeit.

In einer Podiumsdiskussion wurde dann von den Betriebsräten mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages Themen wie Mindestlohn und prekäre Beschäftigung, Arbeitnehmerdatenschutz und Psychische Belastungen diskutiert – den Fragen stellten sich Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) Klaus Ernst (Die Linke) und Klaus Barthel (SPD). Für ver.di nahm Wolfgang Uellenberg, Bereich Politik und Planung beim ver.di-Bundesvorstand, an der Diskussionsrunde teil. ■

Ulrich Beiderwieden



MINDESTLOHN

■ SICHERHEITSWIRTSCHAFT

Die neue Bundestarifkommission (BTK) Sicherheitswirtschaft hat Anfang Januar 2013 die Weiterentwicklung des Mindestlohnes von 7,50 Euro in der Branche auf 9,50 Euro in zwei Schritten gefordert.

Mit dem ersten Mindestlohntarifvertrag ist es gelungen, für die Branche einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen und für die Ländertarifrunden einen guten Grundstein zu legen.

Eine gut funktionierende Sicherheitswirtschaft ist unverzichtbar – für jede/n Einzelne/n und für die Gesellschaft als Ganzes. Aber die Sicherheitsbranche ist nur so gut wie seine Beschäftigten. Damit es so bleibt, muss ihre Leistung anerkannt werden – insbesondere durch eine gerechte Bezahlung. Die BTK will damit nicht nur der Beschlusslage des ver.di-Bundeskongresses über einen Mindestlohn von 8,50 Euro gerecht werden, sondern auch den in den meisten Ländervergabegesetzen bereits vereinbarten „Mindestlöhnen“ in der Regel von 8,50 Euro Rechnung tragen.

O-Ton BTK: „Wir finden, dass ein Einkommen gebraucht wird, von dem Ihr und Eure Familien auch leben könnt. Wir können und wollen auf Euch nicht verzichten, wir werden alle gebraucht! DENN WIR SIND ES WERT!“

Die Tarifrunden in NRW und Hamburg haben überdeutlich gezeigt, was gemeinsame Stärke und Solidarität bewegen können. Mit der Tarifinfo 3 wird die BTK eine Umfrage bei Mitgliedern und Beschäftigten durchführen, um ein Stimmungsbild für die nächste Verhandlungsrunde am 25. April zu erhalten. Unser Motto muss sein: „Nur gemeinsam können wir mehr erreichen und je mehr wir sind, desto stärker sind wir! Jetzt liegt es auch an Dir, ob wir zusammen unsere Ziele durchsetzen!“ ■

Hans-Peter Kilian

Der Kampf hat sich gelohnt

Tarifverhandlungen für die Sicherheitswirtschaft NRW erfolgreich mit Schlichtung beendet.

VON ANDREA BECKER

Mit einem deutlichen Votum von 87,04 Prozent stimmten die ver.di-Mitglieder für die Annahme des Schlichterspruchs in der Sicherheitswirtschaft NRW. Mit diesem Ergebnis findet der Schlichterspruch eine breite Zustimmung unter den ver.di-Mitgliedern. Die Beteiligung lag mit 72,54 Prozent sehr hoch. Damit haben wir nach vier Monaten Tarifverhandlungen und einem harten aber erfolgreich geführten Arbeitskampf ein Tarifergebnis mit zweistelligen Lohn-erhöhungen, das in der Branche seinesgleichen sucht.

Hier die wichtigsten Eckpunkte des Tarifergebnisses:

1. Bewachung: Steigerung der Stundenlöhne in der untersten Lohngruppe im Bewachungsgewerbe um 10,43 Prozent auf 9 Euro.

In die unterste Lohngruppe sind rund 70 Prozent der Beschäftigten im Bewachungsgewerbe eingruppiert.

2. Aviation: Steigerung der Stundenlöhne im Bereich Aviation. Im Bereich §5 LuftSiG: um 18,93 Prozent auf 14,70 Euro. Im Bereich §§8 und 9 LuftSiG um 22,96 Prozent auf 12,05 Euro inklusive PWK-Zulage.

3. Werkfeuerwehr: Erhöhung der Stundenlöhne um 8,76 Prozent bis zu 9,64 Prozent.

4. Angestellte und Azubi: Erhöhung der Gehälter und Azubi-Vergütungen um 7 Prozent.

5. Kontrollschaffner: Erhöhung der Löhne um 36,36 Prozent auf 12,90 Euro.

6. Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages.

7. Veränderung der Eingruppierungsmerkmale: Verpflichtungserklärung zur Aufnahme von Verhandlungen.

8. Laufzeit: 24 Monate.

Mit diesem Tarifabschluss haben wir die Zeichen für eine neue Tarifpolitik in der Sicherheitswirtschaft gesetzt!

Die Ziele in der Tarifrunde waren hoch gesteckt. Wir haben eine politische Forderung aufgestellt, die eines deutlich machen sollte: Schluss mit den niedrigen Erhöhungen der letzten Jahre, raus aus den Niedriglöhnen.

Wir haben mit diesem Tarifergebnis stärkere Erhöhungen als in den vorherigen Tarifrunden erreichen können, wir haben die Lohnpolitik der Minimalerhöhungen gebrochen. Möglich war dies nur durch einen hart geführten Arbeitskampf. Wir zeigen mit diesem Tarifabschluss Perspektiven auf:

Höhere Löhne sind möglich, wenn die Beschäftigten sich in ver.di organisieren und bereit sind, für ihre Forderungen einzutreten.

Die Beschäftigten an den Flughäfen sind nun gut gewappnet für künftige Auseinandersetzungen, im Bewachungsgewerbe haben wir einen Anfang gemacht. Hier gilt es in den nächsten Jahren die Kampfkraft zu erhöhen.

Solidarität zahlt sich aus! An allen Streiktagen haben wir eine sehr wichtige Erfahrung machen können: Gemeinsam und solidarisch können wir mehr bewegen. In allen kommenden Tarifrunden können wir darauf aufbauen. ■



Foto: ver.di

Gemeinsame Sache

Der Landesarbeiter/innenausschuss (LAA) Bayern traf sich mit Vertreter/innen der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten/Druck-Journalismus-Papier

VON HANS-PETER KILIAN

Zur Vorbereitung der Drei-Länderaktionswoche unter dem Motto – „Geld ist genug da“ – von ver.di, der Schweizer Unia und der österreichischen GPA-djp trafen sich Anfang Oktober 2012 in der ver.di-Bildungsstätte Brannenburg der Landesarbeiter/innenausschuss (LAA) Bayern mit haupt- und ehrenamtlichen Vertreter/innen der GPA/djp (Gewerkschaft der Privatangestellten/Druck-Journalismus-Papier).

Otto Biederer, Vorsitzender des LAA, begrüßte die Gäste aus Österreich: Wolfgang Greif (Leiter Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen), Walter Steidl (Regionalgeschäftsführer Salzburg), Andrea Schober und Elke Reichelt, den Vorsitzenden Johann Mair aus dem Konzernbetriebsrat der Firma Palfinger, den Stellvertretender Leiter des verdi-Landesbezirks Bayern, Norbert Flach sowie den Bundesarbeiter/innensekretär Ralf Nix.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurden die Strukturen der beiden Gewerkschaften erläutert. Den 13 ver.di-Fachbereichen stehen 25 Wirtschaftsbereiche der GPA/djp gegenüber. Interessant für unseren Fachbereich 13 sind die drei Wirtschaftsbereiche Glückspiel/Tourismus/Freizeit, Wirtschaftsdienstleistungen und sonstiges Gewerbe sowie Interessenvertretungen/Organisationen. Für den mit uns kooptierenden Fachbereich 5 (Bildung/Wissenschaft/Forschung) ist der Wirtschaftsbereich Forschung/Bildung/Kultur der Ansprechpartner.

Unter Moderation von Norbert Flach wurden Positionen und Formen der Zusammenarbeit für gemeinsame Aktivitäten in der Zukunft festgelegt. Es wurde intensiv über sozialpolitische Themen wie Altersarmut in beiden Ländern, Tarifpolitik im Niedriglohnbereich diskutiert; auch das Thema Europäische Union spielte eine große Rolle, da immer mehr Aktivitäten der EU bis in die Betriebe und Dienststellen wirken. Höchstinteressant war der Bericht über Tarifpolitische Aktivitäten zur Eingrenzung des Niedriglohnssektors von Wirtschaftsbereichssekretärin Elke Reichelt. Auch der Vortrag von Andrea Schober – Strategien gegen prekäre und atypische Beschäf-



Foto: Werner Bachmeier

tigung in Österreich – traf auf vollstes Interesse. Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge, Freie Dienstnehmer/innen, alte und neue Selbstständige sind im Dreizehner bekannte Baustellen.

Die entsprechenden Powerpoint-Vorträge wurden unserer Bundesfachbereichsleiterin und den jeweiligen Bundesfachbereichssekretär/innen weitergeleitet, ebenso die Daten der Ansprechpartner/innen.

Als Resümee des ersten Treffens wurden gemeinsame Vorhaben im Jahr 2013 geplant.

Überlegt wurde, die gemeinsame Europäische Wasserstraße Rhein-Main-Donau für symbolische Aktionen zu nutzen und angrenzende (Bundes) Länder einzubinden – etwa Bayern, Oberösterreich und Salzburg, zudem Städte wie Rosenheim und Salzburg.

Länderübergreifende Aktionswochen in den Betrieben wurden für den 3. bis 7. Juni und den 11. bis 15. November geplant. Hierbei sind vor allem Vernetzung sowie gemeinsame Aktionen und Slogans anvisiert.

Das Europawahljahr 2014 bietet sich für gemeinsame Aktionen geradezu an. Es ist daher wünschenswert, dass der Fachbereich 13 den Faden des deutsch-österreichischen Treffens aufnimmt und ebenso wie die Arbeiter/innen den Kontakt zu den Kolleg/innen der GPA/djp sowie der Unia aufgreift und erweitert. ■

IMMOBILIEN

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Tarifabschluss erreicht

Am 18. Dezember 2012 fand in Berlin die dritte Runde der Tarifverhandlungen für die Branche der Immobilien- und Wohnungswirtschaft statt. In dieser Runde konnten wir ein Tarifergebnis erreichen.

„Mehr Geld – Reallohnverlust gestoppt“ – unter diesem Motto erreichten wir tabellenwirksame Erhöhungen ohne Nullmonate und Einmalzahlungen in Höhe von 3,3 Prozent ab Januar 2013 weitere 2,4 Prozent ab Januar 2014. Die Ausbildungsvergütung wird ab Januar 2013 um 30 Euro und ab Januar 2014 um weitere 15 Euro angehoben. Die Gesamtlaufzeit beträgt 30 Monate bis zum 30. Juni 2015. Das ist der Verhandlungskommission gelungen.

Diese Tarifrunde zeigte, dass die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband künftig komplexer und schwieriger werden. Daraus resultiert, dass wir unsere Durchsetzungskraft in der Branche stärken und verbessern müssen. Tariffragen sind und bleiben Machtfragen. Nur wenn wir geschlossen und stark auftreten können, sind auch gute Tarifabschlüsse in den nächsten Jahren möglich.

Thema der Klausurtagung der Bundestarifkommission (BTK) im Frühjahr ist der Manteltarifvertrag. Der jetzige Manteltarifvertrag und die notwendigen Veränderungen sollen diskutiert werden. Dazu haben wir alle Mitglieder der Immobilien- und Wohnungswirtschaftsbranche aufgerufen, sich in die Diskussion einzubringen und ihre Ideen den Bundestarifkommissionsmitgliedern mit auf den Weg zu geben. Nach der Rückkopplung der Diskussionsstände mit den Mitgliedern wird die BTK über den weiteren Verfahrensweg (ob der Manteltarifvertrag gekündigt werden soll) entscheiden. ■

Andreas Sander

■ **FRISEUR/INNEN**
Branchen-Mindestlohn vereinbart

Endlich: Der branchenweite Mindestlohn im Friseurhandwerk kommt. Dies wurde bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und ver.di am 22. April in Würzburg vereinbart. Seit Jahren setzt sich ver.di für einen flächendeckenden Mindestlohn im Friseurhandwerk ein. Nach vielen Gesprächen, Beratungen und Sondierungsgesprächen mit dem Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerkes und den Landesinnungsverbänden noch im Februar kam nun die Einigung.

Bis zum 1. August 2015 sollen alle Bundesländer einen Mindestlohn von 8,50 Euro erreicht haben. Umgesetzt wird dies in einem Dreistufenmodell mit einem unterschiedlichen Einstieg für Ost und West.

Damit kommen wir dem Ziel, für die 200.000 Friseurinnen und Friseure in Deutschland ein gerechtes Einkommen zu erzielen, wieder ein gutes Stück näher. Für manche Regionen bedeutet dies, dass sich die Löhne in den nächsten zwei Jahren um mehr als 100 Prozent erhöhen werden. Und für die meisten Friseur/innen bedeutet dies, dass sie keine staatlichen Aufstockungsleistungen mehr in Anspruch nehmen müssen. ■

Ute Kittel

Mindestlohn in Bayern kommt

Die Tarifverhandlungen zwischen ver.di und der Friseurinnung Bayerns sind erfolgreich verlaufen



Foto: Werner Bachmeier

Das war überfällig. Bis zum 1. Mai 2015 wird der Mindestlohn im Friseurhandwerk Bayerns von derzeit 7,62 Euro auf stufenweise 8,50 Euro die Stunde steigen. Alle anderen Lohngruppen werden bis dahin analog, das heißt um 11,5 Prozent, angehoben. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Oktober 2015 bzw. von 31 Monaten, berichtet Verhandlungsführer Ingo Harms von ver.di Bayern.

„Unser Ziel war es, einen Lohn zu vereinbaren, von dem man leben kann. Wir freuen uns sehr, dass es nun auch im Friseurhandwerk einen Mindestlohn gibt und zudem kräftige Lohnsteigerungen für alle vereinbart werden konnten“, zeigt sich Harms zufrieden. Nach den mageren Ab-

schlüssen der letzten Jahre sei dies überfällig gewesen. „Dieses Tarifergebnis eröffnet nun mehr Beschäftigten Perspektiven, in ihrem Beruf bleiben zu können“, sagt Harms.

Weitere Punkte des Tarifergebnisses sind eine Erhöhung des Werkzeuggeldes auf 10 Euro monatlich sowie eine klarere Definition des so genannten „Ecklohnes“. Zur erstmaligen Tarifierung der Ausbildungsvergütungen werden die Verhandlungen im Frühjahr 2014 aufgenommen. Die Tarifparteien vereinbarten, einen gemeinsamen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit des Entgelt-Tarifvertrages zu stellen. ■

Das Redaktionsteam



Mehr als nur Prozente

Bei der bedingungsgebundenen Tarifarbeit geht es darum, Tarifforderungen erst dann aufzustellen, wenn eine durchsetzungsfähige Gruppe hinter ihnen steht

VON ANDRÉ POLLMANN

„Bedingungsgebundene Tarifarbeit? Klar, „Bkenne ich“, heißt es oft. „Das ist doch die 30-Prozent-Methode; nein, die 50-Prozent-Methode!“ Beides trifft nicht zu. Zumindest nicht ganz. Die Diskussion über die „richtigen“ Prozentzahlen verstellt den Blick auf das wirklich Neue dieser Methode. Gute Erfahrungen konnten mit dieser Methode alle die sammeln, die in einem Konzern oder in einem Betrieb einen Tarifvertrag durchsetzen wollten.

Wie es geht: Zu Beginn treffen sich die Aktiven zu einem Tarifworkshop und erstellen einen Fragebogen, der die wirklichen Bedürfnisse und Forderungen der Beschäftigten (nicht nur die der ver.di-Mitglieder) abfragen soll. Es macht Sinn, den Fragebogen auf einer Betriebsversammlung anzukündigen und das Verfahren vorzustellen. Nachdem die Aktiven die Befragung durchgeführt haben, wird das Ergebnis veröffentlicht.

Im Fragebogen wird zum Beispiel gefragt: Soll ver.di überhaupt einen Tarifvertrag durchsetzen? Was sind deine Forderungen? Bist du ver.di-Mitglied? Kannst du es dir vorstellen? Bist du aktiv

mit dabei, die Tarifforderungen durchzusetzen? Die Auswertung des Fragebogens gibt Klarheit, ob die Beschäftigten wirklich ein Interesse an einem Tarifvertrag haben.

Oft wollen über 90 Prozent einen Tarifvertrag, oft will auch die Mehrheit der Gewerkschaft beitreten. Diese Bereitschaft in Kombination mit den Forderungen gilt es nun in den nächsten Wochen in der Belegschaft zu diskutieren. Am Ende der Diskussion steht dann die Entscheidung der Beschäftigten, ob sie sich organisieren.

Jetzt kommt auch die Prozentzahl ins Spiel. Auf dem Tarifworkshop haben die Aktiven festgelegt, ab welchem Organisationsgrad die Durchsetzung der Forderungen möglich erscheint. Wenn nun diese Prozentzahl erreicht wurde, kann eine Tarifkommission gebildet und der Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen aufgefordert werden. Wenn nicht? Nun, dann müssen die Gewerkschafter/innen weiter um das Mandat ringen.

Was ist das wirklich Neue an der bedingungsgebundenen Tarifarbeit? Tarifforderungen werden erst dann aufgestellt, wenn eine durchsetzungsfähige Gruppe sich hinter die Forderungen stellt und sie auch glaubhaft durchsetzen kann. ■

Ein Beispiel aus der Touristik

Bedingungsgebunden oder beteiligungsorientiert – in jedem Fall ist der Ansatz oft erfolgversprechend. Als der Geschäftsreiseanbieter BCD Travel Germany 2007 den Arbeitgeberverband verließ, nahmen die Beschäftigten die Position ein, dass ihre Gewerkschaft ver.di nun bitte einen Tarifvertrag (TV) verhandeln müsse. Bei der genauen Betrachtung wurde schnell klar, dass man mit einem Organisationsgrad, der in manchen Regionen einstellig war, keine Erfolge erzielen würde. Also lehnte ver.di es ab, actionistisch schnell zu verhandeln, sondern begleitete Betriebsräte und Betriebsgruppen auf dem Weg, den Organisationsgrad zu erhöhen.

Dies bedeutete viel Arbeit, da die Beschäftigten die Notwendigkeit nicht auf Anhieb sahen – immerhin wirkte ein Tarifwerk nach und da nahezu alle Arbeitnehmer/innen in ihren Arbeitsverträgen einen entsprechenden Bezug auf diesen TV hatten, war die Not nicht so groß. Erst als

klar wurde, dass dies auch keine Tarifierhöhungen bedeutet, hörten die Beschäftigten genauer hin, wenn die Betriebsräte erklärten: Wir können nicht verhandeln, das muss schon ver.di machen – allerdings brauchen wir dafür ein Mandat.

2011 war es so weit. Zuerst wurde der Azubi-TV verhandelt, bei einem Organisationsgrad von 60 Prozent bei den Azubis auch ein Zeichen, dass sich mitmachen lohnt. Einer der durchgesetzten Top-Punkte ist die unbefristete Übernahme in Vollzeit. Seit 2012 wird nun ein Mantel für die knapp 1900 Beschäftigten verhandelt und steht kurz vor dem Abschluss. Durchgesetzt wurde vieles dank gutem Organisationsgrad von über 30 Prozent. 100 Prozent Weihnachtsgeld, 30 Tage Urlaub, bezahlte Freistellung und 2 Tage zusätzlicher Bildungsurlaub für ver.di-Mitglieder. In Bundesländern ohne Bildungsurlaubsgesetz sogar 7 Tage. Gehaltstarif folgt. Neues Ziel: 50 Prozent Organisationsgrad. ■ Ute Kittel

TARIFABSCHLUSS

■ SICHERHEITSWIRTSCHAFT

Hamburger Flughafen

Ein neuer Tarifabschluss für die Luftsicherheitskräfte am Hamburger Flughafen ist erreicht. Wer hätte zu Beginn der Tarifrunde gedacht, dass die Stundenlöhne in 2013 von 11,80 auf 13,20 Euro steigen – also um 11,9 Prozent. Und im darauffolgenden Jahr gibt es nochmals 80 Cent oben drauf, sodass dann 14 Euro gezahlt werden. 18 Prozent Steigungen in knapp 2 Jahren – das ist der krönende Abschluss einer harten Tarifrunde.

Vier Ganztagesstreiks mit insgesamt 100.000 zwangsläufig „mitstreikenden Passagieren“, zwei Spitzengespräche, eine Protestfahrt nach Potsdam zu den Luftsicherheitstagen und schließlich eine Schlichtung waren notwendig, um so viel Druck zu erzeugen, dass der Verband bereit war, „an seine Schmerzgrenze“ zu gehen. Nun wissen wir, dass diese bei 18 Prozent liegt.

In Hamburg gab es eine durchgehende Streikbereitschaft von über 90 Prozent. Selbst befristet Beschäftigte legten die Arbeit nieder. Auch Schichtleiter machten mit. So viel Entschlossenheit konnten auch die von der Firma Brinks aus Frankfurt eingeflogenen Streikbrecher nichts anhaben. Die Streikenden haben von den Beschäftigten am Flughafen viel Zuspruch erfahren. Die Kolleg/innen von Lufthansa Technik solidarisierten sich mit dem Streik, die anderen Bewachungskolleg/innen von Securitas klopfen den Streikenden auf die Schulter, selbst die Lufthansakolleg/innen, die die Beschwerden der Passagiere bearbeiteten, machten im Streikcafé mal eine Pause.

Der Streik hat maximale Aufmerksamkeit erreicht – bundesweite Medien wie „Tagesthemen“ berichteten über die prekären Arbeitsverhältnisse der Kolleg/innen. ■

Peter Bremme



Wir sind gut und weiterhin erfolgreich

Mitgliederentwicklung 2012 im Fachbereich Besondere Dienstleistungen

VON IRIS TODTENBERG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

besonderen Dank an alle, die sich im Fachbereich Besondere Dienstleistungen engagieren, Interessen vertreten und durchsetzen, Aktionen planen und durchführen, ihre Verbindung mit ver.di zeigen und so die erfolgreiche Mitgliederentwicklung garantieren.

Zum Jahresende **2012** zählten wir **99.289 Mitglieder** im Fachbereich, **51.492 Frauen** und **47.797 Männer**. Obwohl das im Vergleich zum Vorjahr 84 Mitglieder weniger sind, schmälert diese Bilanz den erfolgreichen Trend nicht, zumal wir aktuell schon wieder 77 Kollegen/innen mehr sind.

Besondere Mitgliedergruppen betrachtend, gibt es ebenfalls Positives herauszuheben. Beispielsweise, ein Plus von **349 erwerbstätigen Kollegen/innen** im Vergleich zu 2011. Damit sind jetzt 69.386 Erwerbstätige und 29.903 nicht Erwerbstätige im Fachbereich organisiert. 2012 wurden **7.847 neue Mitglieder** gewonnen und davon **1.530 Jugendliche** sowie **409 Auszubildende**.

Natürlich gibt es immer auch eine Kehrseite, wir haben 7.931 Kollegen/innen verloren und 784 Jugendliche sind ausgetreten. Dazu haben wir statistisch noch fast 1.000 Jugendliche verloren, einfach weil diese nun älter als 27 sind oder ihre Berufstätigkeit und damit auch die Fachbereichszugehörigkeit wechselten. So haben wir im Jahresergebnis zwar 227 jugendliche Mitglieder weniger im Fachbereich, aber immerhin 746 Jugendliche mehr in ver.di organisiert. Ins-

gesamt sind im Fachbereich 5 Prozent (4.945) jugendliche Mitglieder und 752 Auszubildende organisiert. Hier haben wir mehr Potential und gute Anregungen gibt es z.B. unter <https://jugend.verdi.de/news/mit-kontinuierlicher-ansprache-zum-erfolg>.

Besonderen Respekt allen Kolleginnen und Kollegen, die Forderungen in zahlreichen Tarifrunden mit Streiks, Warnstreiks und kreativen betrieblichen Aktivitäten durchgesetzt haben. Die Betrachtung detaillierterer Daten bestätigt den Zusammenhang zwischen erfolgreicher Tarifpolitik und positiver Mitgliederentwicklung. ver.di führte 2012 mehr als 200 Arbeitskämpfe und wir wissen alle, dass wir konfliktreiche Auseinandersetzungen nur gut organisiert bestehen. Daher gehört zu jeder Arbeitskämpfplanung ein Konzept zur Mitgliederentwicklung – vor allem, damit dieser und der nächste Konflikt durch einen hohen Organisationsgrad erfolgreich gestaltet werden kann. Je mehr Beschäftigte organisiert sind, desto höher die Durchsetzungskraft, auch das ist uns allen klar, aber eben auch eine besondere Herausforderung.

Dabei hängt viel davon ab, mit den Kolleginnen und Kollegen im Gespräch zu bleiben. Die Meinungsbildung im Betrieb entscheidet, was als Erfolg gilt und was nicht und das ist ausschlaggebend, ob jemand Mitglied bleibt oder wird. Für Gespräche bieten sich viele Gelegenheiten, flächendeckend z.B. die **ver.di-Aktionswochen** im Juni und November. Vom 3. bis 7. Juni stellen wir den tariflich gesicherten Erholungsurlaub in den Mittelpunkt unserer Kommunikation mit den Beschäftigten. Natürlich sprechen wir sie dabei auch auf eine Mitgliedschaft an. Alle bisherigen Untersuchungen belegen, viele sind offen für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft, sie wurden nur nicht angesprochen.

Besonders gute Gründe, in ver.di organisiert zu sein, gibt es viele. Es lohnt sich, für gute Arbeit und gute Bezahlung zu kämpfen, sich gegen prekäre Beschäftigung und für faire Perspektiven einzusetzen. Mit jedem neuen Mitglied wächst unsere Kraft, nutzen wir 2013, verstärken den positiven Trend und unsere Durchsetzungskraft! ■



Mitgliederentwicklung in den Fachgruppen	31.12.2011	31.12.2012
Immobilien, Sicherheit, Facility	28.646	28.757
Touristik, Freizeit, Wohlbefinden	18.232	18.361
Forschung, Kommunikation/Sachverständige, Verbände/Parteien, Dienstleistungen	45.500	45.248
Beschäftigte von ver.di	5.204	5.249
Mitglieder ohne Fachgruppenzugehörigkeit	1.791	1.674

Foto: privat



Carsten Lampe,
selbstständiger
Geograph

„Parallelwelten darf es nicht geben“

die besonderen: Als was arbeitest du?

Carsten Lampe: Ich bin Diplom-Geograph und arbeite seit fünf Jahren selbstständig im Bereich Geographische-Informations-Systeme (GIS). Hier bin ich als Berater und Bearbeiter innerhalb der Datenverarbeitung bei Kommunen und Verwaltungen tätig.

Wie sieht dein Arbeitsalltag aus?

Ich gehe zu Regelzeiten ins Büro, nehme an Besprechungen teil, setze vereinbarte Arbeitsschritte am Computer um oder denke und plane diese vor und diene vor allen Dingen als Ansprechpartner zur schnellen Problembekämpfung bei Fehlern der Computersysteme im laufenden Betrieb. Dabei kann ich zum größten Teil zuhause meine Arbeit vorbereiten, muss jedoch vor Ort Datenbankarbeiten durchführen und habe deshalb auch einen festen Arbeitsplatz im Betrieb.

Was unterscheidet deine Arbeit als Selbstständiger von der eines Angestellten?

Erst einmal nicht viel. Ich muss mich vielleicht etwas besser organisieren. Bei Problemen mit Computer, Drucker, Telefon kann ich nicht einen zuständigen Kollegen anrufen, ich muss diese Dinge selber regeln. Mir fehlt somit das Backoffice, die komplette Verwaltung – die ich in Eigenregie führen „darf“.

Aber: Wenn ich nicht arbeite, bekomme ich auch keinen Lohn. Ich werde teils nach Stunden teils nach Ergebnis bezahlt. Wenn ich schlecht kalkuliere, muss ich das selbst ausbaden oder nachverhandeln.

Ich habe jedoch bessere Möglichkeiten, mir Zeit zu organisieren. Ich sag, wann ich da bin und wann nicht und muss mir das nicht genehmigen lassen. Ich muss meinen Auftraggebern aber durchaus das Gefühl geben, ständig für sie da zu sein bzw. dass sie wichtig sind – um nicht Gefahr zu laufen, nicht mehr beauftragt zu werden.

Versicherungstechnisch bin ich schlechter gestellt, da ich nicht das Geld habe, um mich besser abzusichern. Für rund 450 Euro bin ich zwar in der Kranken- und Arbeitslosenversiche-

rung, bekomme allerdings erst ab dem 47. Krankheitstag Krankengeld.

Sichert dich dein Einkommen im Alter?

Nein. Ich habe darauf spekuliert, dass ich gut verdiene und mich dann privat absichere. Deshalb bin ich bewusst aus der Rentenversicherung ausgetreten. Leider war das falsch gedacht. Zurzeit schaffe ich es immer noch nicht, das aus eigener Kraft zu ändern – mit dem immer größer werdenden Bewusstsein einer daraus resultierenden Altersarmut.

Was möchtest du an deiner Arbeitssituation gemeinsam mit ver.di ändern?

Parallelwelten in der Arbeitswelt darf es nicht geben. Es gibt eine Entwicklung in der Arbeitswelt – weg von Arbeitsverträgen mit sozialverträglichen und regulierten Arbeitsverhältnissen hin zu Schein-Werkverträgen, bei denen nur noch das Endprodukt bezahlt wird. Das unternehmerische Risiko wird somit auf den „Arbeitnehmer“ verlagert, die Gewinne aber werden weiterhin vom Unternehmer einkassiert.

Deshalb möchte ich mit ver.di erreichen, dass alle Arbeitnehmer/innen – ob festangestellt, ob in Leiharbeit, in Minijobs oder als Soloselbständiger – eine ausreichende und angemessene Bezahlung für ihre Arbeit erhalten und jeder sich an den Sozialsicherungssystemen gestaffelt nach Einkommen beteiligt und abgesichert ist. Auch die Auftraggeber sollen sich prozentual an diesen Sicherungssystemen beteiligen, damit das Auslagern von Arbeit gar nicht erst billiger werden kann.

Zudem müssen Betriebs- und Personalräte gestärkt werden, damit sie sich nicht nur als die Vertreter der Festangestellten sehen. Ihnen müssen mehr Rechte eingeräumt werden, sich auch um alle anderen Beschäftigungsformen im Betrieb kümmern zu dürfen! Dazu müssen die Personalvertretungsgesetze und das Betriebsverfassungsgesetz geändert werden. In den Landesrundfunkanstalten gibt es hierfür schon gute Beispiele. Beim WDR etwa sitzen Selbstständige in der Interessenvertretung. Das sollte künftig die Regel sein. ■

Fragen: Uta von Schrenk

P O R T R Ä T



Foto: ver.di

Christine Kurz

■ Christine Kurz ist seit vergangem Jahr Landesfachbereichsvorsitzende von Berlin-Brandenburg. Nach der Wiedervereinigung gestaltete die Ostdeutsche im Team mit ihrem älteren Westberliner DAG-Kollegen erfolgreich das Zusammenwachsen der Bezirksfachgruppe Wohnungswirtschaft.

Im Landesbezirk engagiert sich die Mutter zweier inzwischen erwachsener Kinder im Qualitätszirkel Mitgliedergewinnung. Dabei unterstützt die 54-Jährige die bedingungsgebundene Gewerkschaftsarbeit. In ihrem Betrieb, Christine Kurz arbeitet als Diplombauingenieurin bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, beteiligt sie die Kolleg/innen durch regelmäßige Versammlungen. Dies führe zu einem größeren Interesse auch an komplexen Themen und zur Gewerkschafts-akzeptanz. Gern überzeuge sie Auszubildende in persönlichen Gesprächen von ver.di, sagt sie. „Der Zustand der Wohnungswirtschaft ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Alle müssen irgendwo wohnen.“ Deswegen mischt sie sich in die Politik ein, organisiert Veranstaltungen und geht auf Mandatsträger zu. Sie beobachtet dabei mit Sorge, wie Unternehmen einzelne Bereiche verstärkt ausgründeten und sich die Arbeitsbedingungen verschlechterten. Dies wirke sich auch negativ auf die Mieter/innen aus.

Sie engagiert sich im Ortschaftsrat ihres Wohnortes und hat einen Kulturverein mit aufgebaut. ■ Christian Szepan



Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an:
 ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 13 · Die Besonderen · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin



BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr _____

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon _____

E-Mail _____

Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Angestellte/r
- Beamter/in DO-Angestellte/r
- Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in
- Vollzeit
- Teilzeit _____ Anzahl Wochenstnd.

- Erwerbslos
- Wehr-/Zivildienst bis _____
- Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
- Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____
- Praktikant/in bis _____
- Altersteilzeit bis _____
- Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Tarifvertrag _____

Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

monatlich halbjährlich

vierteljährlich jährlich

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. *(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Personalnummer (nur für Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren) _____

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
 Monat/Jahr Monat/Jahr

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz
 Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmemberschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Datum/Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____